

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 3

Artikel: Farbe bekennen!
Autor: Engler, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339698>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sich an Kraft und Legitimation verlieren, und die Gewerkschaften würden ihrerseits politisch in die Impotenz gestossen. (Dass Gewerkschafter und Verbandsfunktionäre bei den Nationalratswahlen jeweilen trotz intensivster Personenwerbung grösste Mühe haben, auch nur auf die mittleren Plätze vorzustossen, ist ja kein Geheimnis!) ● Die Konflikte sollen wenn möglich in den ordentlichen Gremien (Geschäftsleitungen, Vorständen, Delegierten- und Sektionsversammlungen) ausgetragen werden. Sobald wichtige Entscheide ausserhalb der

statutarischen Organe gefällt werden, halten die einen oder anderen Gruppierungen den Kampf um Einstieg in diese Organe nicht mehr für lohnend; die Organe werden abgewertet und die interne Demokratie leidet Schaden.

- Die parteiinternen Aussprachen, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen könnten längerfristig eine integrierende Funktion haben, weil nämlich die Vermittlung und Erarbeitung sozialdemokratischen Gedankenguts im entscheidfreien Raum von Bildungsveranstaltungen besser möglich ist, als unter dem

Druck politischer Tagesentscheide. In Bildungsveranstaltungen können auch jene Gruppierungen der Partei, die sich heute untervertreten fühlen, wieder ein Forum und damit mehr Befriedigung erhalten. Das sind aber Investitionen, die nur langfristig wirken.

Alles in allem: Wir sind dazu verurteilt, mit diesem Spannungsverhältnis ohne billige Lösungen (Ausschlüsse, Legalismus, Bündnisauflösung) umzugehen. Wir sind zu diesem Integrationsprozess verurteilt; diese Haltung ist keine Führungsschwäche, sondern erfordert wohl die momentan höchste politische Kunst.

Urs Engler

Farbe bekennen!

In Basel hat sich die «Aktionsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter» (ASG) konstituiert. Zentrale Figuren sind die beiden Altregierungsräte Max Wutschleger und Franz Häuser. Ein weiterer Exponent ist der Basler Zivilgerichtspräsident Urs Engler, der hier für die Basler Gruppierung das Wort ergreift.

In Zürich und Basel haben sich lose Gruppen von gemässigten Sozialdemokraten öffentlich kritisch mit dem Kurs der SP auseinandergesetzt. Der Brand schwelt aber – darüber täusche man sich nicht – auch anderswo! Eine «Achse Basel-Zürich» gibt es nicht. Niemand will sich mit den spezifischen Hypotheken des andern unnötig belasten. Das offene und konstruktive Gespräch wird allerdings auch hier gesucht und gepflegt.

«Offiziell» begegnet man den erwähnten Erscheinungen mit grosser Unsicherheit. Vom warmen Verständnis, das man der «Groupe d'Yverdon» vom andern

Ende des Spektrums entgegenbringt, ist jedenfalls wenig zu spüren. Man weist vielmehr bagatellisierend darauf hin, dass es Flügelkämpfe eben immer gegeben habe; man versucht, die Phänomene totzuschweigen, oder man glaubt gar, sie mit dem Hinweis auf Statuten und Namensrecht «kriminalisieren» zu können. Die erwähnten Erscheinungen können gewiss als Provokation empfunden werden. Man sollte diese Provokation aber mit etwas mehr Einsichtbereitschaft entgegennehmen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den letzten Jahrzehnten klar zu einem grundsätzlich positiven Ver-

hältnis zu unserem Staat und seinen Institutionen durchgerungen. Sie war bereit, Verantwortung zu übernehmen, und hat die Politik der Nachkriegszeit entscheidend beeinflusst. Dieses «Ja» zum Staate ist zu einem Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik geworden.

In den sechziger Jahren haben allgemein nur sehr wenige junge Leute den Weg in die politischen Parteien gefunden. Noch heute fehlt so auch der SP praktisch eine Generation. Unserer Partei ist es dann aber nach 1968 gelungen, mehr junge Neumitglieder als andere traditionelle Parteien zu gewinnen. Es war jedoch offensichtlich viel zu wenig möglich, eine tragfähige Verbindung zwischen traditionellen sozialdemokratischen Vorstellungen über die praktische Politik und den drängenden Ideen der jungen Genossen zu schaffen, die Gesellschaft und Staat oft distanziert gegenüberstanden. Wo Widerstand spürbar wurde, vermochte er sich nur unzureichend argumentativ zu äussern. Was jahrelang völlig

unbestritten geblieben ist, ist eben oft am schwersten zu verteidigen: Infragestellungen werden schwer erkennbar und die Argumentationsfähigkeit kann sich verflüchtigen.

Die Folge dieser Entwicklung war, dass man sich mit taktischen Winkelzügen zu bekämpfen begann, dass die Fronten sich verhärteten und das Gespräch oft ganz abbrach. Plötzlich wurde der gemässigte Flügel vielerorts gewahr, dass sich die Partei unter seinen Füssen weg bewegt hatte. Wenn heute übertrieben von «Partei in der Partei» die Rede ist, so ist dies das Ergebnis dieser Entwicklung und nicht die Folge irgendwelcher verschwörerischer Taten: Man hat wirklich oft den Eindruck, es seien hier im Grunde zwei verschiedene Parteien ineinander verwickelt: Jene der sechziger Jahre und früher und jene der siebziger Jahre.

Vermittlungsversuche mussten sich in dieser Situation wohl auf Feuerwehrübungen beschränken. Man suchte nach Formeln, die eine vorläufige Beschwichtigung oft nur durch ihre nichtssagende Vieldeutigkeit erreichen konnten. Gegensätze konnten nicht durchgestanden, sondern nur überkleistert werden.

Es sind heute letztlich nicht die «Rechten» oder die «Linken», die uns zu schaffen machen, sondern die Opportunisten! Jene nämlich, die eifrig von Blüte zu Blüte hüpfen, um den Honig abzusaugen und sich drehen und wenden, je nachdem, wie sie den Wind oder das Rampenlicht zu spüren glauben.

Doch der gemässigte Flügel hat sein Lebensrecht nicht verwirkt! In der Mitgliedschaft, vor allem aber in der Wählerschaft ist er zweifellos

nach wie vor stark verwurzelt. Wenn er sich heute wieder vermehrt regt, so nicht, weil er um seine angeblichen «Privilegien» fürchtet. Er tut es, weil er aus ideeller Überzeugung die Meinung vertritt, nur mit und nicht ohne oder gar gegen den Staat sei ein beharrlicher Ausbau des Sozialstaates und die Schaffung einer humanen und solidarischen Gesellschaft möglich. Zu einem «Bruch mit dem Kapitalismus» führt eine solche Politik kaum. Wir wollen aber keinen «Bruch», der letztlich nur unsere eigene Kraft bricht. Demgegenüber plädieren wir für eine entschiedene Reformpolitik an unserer Gesellschaftsordnung, in der Überzeugung, dass damit auch qualitative Verbesserungen weit eher erreichbar sind als durch proklamierte «Brüche»!

Imponierend ist eine solche Politik kaum. Wir geben ohne weiteres zu, dass auch wir keine praktikablen Patentrezepte gegen die Bedrohungen unserer Zeit anzubieten haben. Doch mit einem individuellen «Aussteigen» schadet man nicht einmal der verketzerten «Leistungsgesellschaft». Sie funktioniert nämlich nur umso besser, je mehr kritisch Denkende sich von ihr dispergiert haben; eine Dispensation übrigens, die häufig durch eben diese Leistungsgesellschaft ermöglicht wird, die unter Umständen auch durch einen Teilzeitjob bereits ein passables Auskommen gestattet.

Vielen Genossen ist das «Ja» zum Staate im bunten Stimmengewirr heute zu undeutlich geworden. Viele haben den Eindruck, es werde einerseits jedem Säuseln gegen den Staat entgegengeeilt, das klare Bekenntnis zu ihm aber tunlichst vermieden. Dies oft mit dem Hinweis, man habe

es nicht nötig, Selbstverständlichkeiten immer zu wiederholen. Hat man das wirklich nicht?

So herrscht heute für viele ein Klima der Unsicherheit, aber auch der alles erfassenden Unverbindlichkeit gegenüber unserer Partei: Irgendwie wird eben doch auf die Beständigkeit der Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung vertraut, nur scheut man sich vor klaren Aussagen. Anders wäre ja das dauernde «Doppel Leben», das manche führen, gar nicht erträglich!

Wer sich Idealen verpflichtet fühlt, wird grundsätzlich zugestehen müssen, dass in der erwähnten Entwicklung ein Punkt denkbar ist, von welchem an für ihn und Gleichgesinnte ein Verbleiben in der Partei nicht mehr möglich ist. Nur ein Opportunist kann dies von vorne herein in Abrede stellen. Dieser Punkt ist noch bei weitem nicht erreicht. Er nähert sich aber, wenn gewisse Grundpfeiler, zum Beispiel in unserem Verhältnis zum Staate und der Rechtsordnung, zusammenbrechen und hier keine Toleranz mehr für offen bekundete andere Meinungen vorhanden ist.

Über solche Fragen muss nun offen und hart diskutiert werden. Doch es genügt nicht, gesprächsweise nur die Gegensätze zu vernebeln und Zeit zu gewinnen. Nötig ist in allererster Linie, dass nun alle, insbesondere aber unsere führenden Genossen, vermehrt klar Farbe bekennen. Allen gilt der Ruf: Tarnkappen weg, Visiere auf! Wir brauchen heute Leute, die – bei aller Loyalität zur Partei – ihre Meinung offen sagen und Widerspruch nicht scheuen. Wir brauchen keine Seiltänzer und keine Schaumschläger und auch nicht vordringlich «neutrale» Vermittler.

Farbe bekennen stellt erhebliche Anforderungen. Ein Sozialdemokrat ist aber kein wendiger Opportunist, sondern geradlinig, offen und loyal seinen Grundsätzen verpflichtet. Die aktuelle Situation sollte letztlich alle zur Stellungnahme zwingen. Lavieren wird schwieriger! Übrigens: ist dies vielleicht mit ein Grund, weshalb zum Teil auch durchaus etablierte Genossen nervös auf die Aktionen in Basel und Zürich reagieren?

Farbe bekennen heisst auch, Signale an Zögernde geben. Insofern kann dies eine Flurbereinigung beschleunigen.

Doch dies ist nicht das Vordringlichste. Es geht heute nicht um die Erhaltung oder Erlangung von Positionen, sondern um Offenheit und Klarheit.

Der Stellungsbezug ist allerdings nur die erste und wichtigste Voraussetzung zu einem fruchtbaren Dialog. Ihm müssen weitere Schritte folgen: Man muss versuchen, Motive und Ursachen der andern Standpunkte zu begreifen und wird so meist unwillkürlich auch die eigene Stellung differenzierter verstehen. Dann erst ist man wirklich gesprächsfähig! Wer keine Stellung bezieht, wer sich in Stellungen verschanzt oder wer sie jeweils sofort mit fliegenden Fahnen verlässt, macht sich das Sozialdemokratsein zu bequem!

Die anstehende Diskussion um ein neues Parteiprogramm bietet hier durchaus eine Chance. Aber auch die erwähnten Bestrebungen in Basel und Zürich sollten in dieser Beziehung selbst von Andersdenkenden positiv beurteilt werden. Hier melden sich Leute, die vielleicht allzu lange geschwiegen haben, deren Wort aber gehört werden sollte. Dies auch dann, wenn man über die Art und Weise, wie diese Worte geäussert worden sind, wie über vieles diskutieren kann. Eine erste Phase der Extravertiertheit sollte nun ja mit der innern Festigung überwunden sein. Wenn sich die Gruppen intern eine gewisse lose Struktur geben, so nicht, um eine «Partei in der Partei» zu gründen, sondern um einem wesentlichen Teil unserer ganzen Partei einen gewissen Halt zu geben.

Zum Fliegen braucht es – um dieses abgegriffene Bild hier zu gebrauchen – zwei Flügel! Wenn die Bestrebungen in konstruktivem Geiste (wie er

zum Beispiel aus dem ersten Bulletin der Basler ASG hervorgeht) weitergeführt werden können, dann dienen sie letztlich allein der Stärkung unserer Partei!

An dieser Stärke liegt uns allen! Sie aber wird uns nur von unseren Wählern verliehen – und zwar von den heutigen und nicht von jenen in einer verheissen Zukunft. Wir wollen diesen Wählern nicht einfach nach dem Maul reden. Wir sollten sie aber auch nicht dauernd vor den Kopf stossen.

Wo es um politische Meinungsverschiedenheiten geht, ist ein fruchtbarer, toleranter Dialog letztlich immer möglich. Nicht mehr möglich ist er dort, wo – meist schwer erkennbar – Macht- und Geltingsstreben gekränkt werden. Solchem Streben muss letztlich jede Klarheit zutiefst zuwider sein.

Wir Sozialdemokraten müssen und können die nötige Auseinandersetzung selbst führen. Es ist für alle Teile in höchstem Masse schädlich, wenn eine lüsterne bürgerliche Presse in überzeichneter Form praktisch den Part der einen Seite übernimmt! Unbestritten ist andererseits, dass das Geschehen in unserer Partei von einem gewissen öffentlichen Interesse sein muss. Auch aus diesem Grunde muss der Ruf «Farbe bekennen!» für uns heute erste Dringlichkeit haben. Unsere Partei darf sich in Flügel gliedern und soll in diesem Sinne «spaltbar» sein. Nur eine amorphe Masse ist das nicht; sie aber wird an ihrer eigenen Erstarrung zugrunde gehen. Offene und wenn nötig harte Auseinandersetzungen um grundlegende Fragen führen nicht zur Parteispaltung! Wenn unsere Partei solche nicht mehr erträgt, dann wäre sie bereits gespalten.

Unser Ja zum Rechtsstaat

Im Namen des Rechts kann einem Arbeitnehmer die Stelle und einem Mieter die Wohnung gekündigt werden. Das gleiche Recht aber sieht die Möglichkeit vor, dass Kündigungsfristen durch Krankheitsperioden verlängert oder dass vom Richter auf Begehren des Mieters Kündigungen erstreckt werden.

Diese Beispiele zeigen, dass die geltende Rechtsordnung stets Ausdruck eines fortdauernden Interessenkampfes ist, eines Kampfes allerdings, der in den Formen des Rechts geführt wird. Diese Formen begrenzen bereits die Macht der Starken, indem sie grundsätzlich nach Gleichbehandlung streben und Entscheidungsabläufe kalkulierbar machen. Beides sind wesentliche Voraussetzungen jeder gerechten Ordnung.

Aus dem ASG-Papier